

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/09/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 21.11.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Präsentation des Erziehungskonzeptes Dorsten/Wulfen durch Herrn Baune
7. Neuanlage Volmegrünzug Eckesey
Vorlage: 0868/2007
8. Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe
Vorlage: 0972/2007
9. Bericht der Verwaltung über den Konflikt zwischen Anwohnern und Jugendlichen
Hier: Rollschuhplatz Wehringhausen
10. Jugendhilfeplanung
Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder -und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0966/2007



11. Straßenkinder in Hagen
Vorlage: 1024/2007

12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer verabschiedet Herrn Kothe in seiner Funktion als stellvertretender Fachbereichsleiter. Herr Kothe geht Ende des Jahres in den Ruhestand. Außerdem verpflichtet er Frau Ditzler als Vertreterin für das Familiengericht Hagen.

Er teilt dem Ausschuss mit, dass die Tagesordnungspunkte 8 und 11 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Zu beiden Themenfelder müssten im Vorfeld noch Gespräche geführt werden und sie würden Anfang des nächsten Jahres wieder aufgegriffen werden. Zu dem Themenfeld „Straßenkinder“ habe Herr Haensel zugesagt, dass die Arbeit noch fortgesetzt würde, so dass man hier nicht unter Druck stehe.

2. Mitteilungen

Herr Steuber stellt den Ausschussmitgliedern Herrn Goebels und Frau Simon vor. Herr Goebels werde ab nächstem Jahr die Stelle von Herrn Kothe übernehmen. Frau Simon sei seit kurzem im Bereich der Jugendhilfeplanung tätig.

Er spricht die heute hier im Haus mit riesiger Resonanz stattfindende Präsentationstagung „Ich, Du, Wir ohne Gewalt“ an. Dies sei zeitgemäße und erfolgreiche Projektarbeit. Viele Schulen hätten sich engagiert.

Außerdem weist er die ausgelegten Einladungen zu einer Fortbildungsmaßnahme zum Thema - Zukunft der Jugendhilfe/ Herausforderungen für die Jugendhilfe - hin. Bei Interesse bäte er um Mitteilung an ihn oder die Schriftführerin. Dann würden die weiteren Schritte eingeleitet.

Im Namen des Fachbereiches“ Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte“ bittet er um Mitteilung, wann und wo die Unterarbeitskreise zum Thema „Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude“ tagten. Außerdem müssten die Mitglieder benannt werden.

Herr Strüwer zählt im Folgenden die Vertreter der Fraktionen auf:

CDU – Herr Reinke

SPD – Frau Klos-Eckermann



Die Grünen – Frau Köppen

Bürger für Hagen –

FDP –

Bei den noch offenen Fraktionen verträte dann das gewählte Mitglied des Jugendhilfeausschusses seine jeweilige Partei.

Auf Bitte von Herrn Steuber sagt Herr Strüwer zu, zu einem Termin einzuladen und die Angelegenheit zu koordinieren.

Herr Steuber fragt, ob zu dem Thema „Kinderschutzambulanz“ Informationen gewünscht seien.

Herr Strüwer schlägt vor, diesen Punkt in der ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Januar zu behandeln.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer zum Thema „Tagesmütterwerk“ teilt Herr Steuber mit, dass es mit dem Rechtsnachfolger des Tagesmütterwerkes vertragliche Vereinbarungen bis ins Jahr 2008 gebe. Daraus sei Kontinuität abzuleiten. Mittlerweile gebe es vier Bewerber. Der Bedarf für einen eventuellen Ausbau der Tagespflege sei derzeit nicht exakt zu planen. Dies hänge auch stark davon ab, welche Quote der Rat als Eckpunkte vorgeben werde.

Herr Fischer berichtet von einer Veranstaltung am 09. November zur Pogromnacht, an der sich über 700 Jugendliche beteiligt hätten. Die Resonanz der Schulen sei ausgesprochen gut gewesen.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet, dass der Jugendrat Mitte erwäge, aus seinem Budget ein Spielgerät für den Rollschuhplatz anzuschaffen, um diesen aufzuwerten. Normales Fußballspielen sei damit auf diesem Platz nicht mehr möglich. Damit seien Probleme mit Anwohnern nicht mehr zu erwarten.

Weiterhin seien in der gesamtstädtischen Jugendratssitzung Frau Caliskan und er selbst als Vertreter im Jugendhilfeausschuss wiedergewählt worden. Es gebe jedoch zwei neue Stellvertreterinnen. Eine entsprechende Vorlage müsse noch gefertigt werden.

Außerdem solle die Erweiterung der Jugendräte verfahrenstechnisch anders laufen als bisher. Im nächsten Jahr werde es keine Wahlen geben. Zukünftig sei das Engagement ausschlaggebend.

Frau Caliskan teilt mit, dass man in der letzten gesamtstädtischen Jugendratsitzung über ein Logo abgestimmt habe. Dieses könne sie dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorstellen.

Sie berichtet von dem erfolgreich durchgeführten Volleyballturnier.



Abschließend richtet sie die Frage an den Ausschuss, inwieweit die vom Rat gefasste Entscheidung bezüglich des Hotelneubaus zu rechtfertigen sei, da der Jugendhilfeausschuss zuvor nicht beteiligt worden sei. Es gehe auch um Spielflächen für Kinder und Jugendliche.

Herr Strüwer entgegnet, dass dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses gestanden habe. Es habe sich dabei um einen Antrag der SPD-Fraktion gehandelt. Man habe dazu einen einstimmigen Beschluss in dem Tenor gefasst, dass, wenn dieses Hotel kommen sollte, an anderer Stelle alternativ eine Spielfläche zur Verfügung gestellt werden müsse. Bei dem im Rat aktuell gefassten Beschluss gehe es darum, dass mit dem Investor weitergehende Gespräche bezüglich der Ausgestaltung der Flächen geführt würden. Wenn dieses Konzept zum Zuge kommen sollte, werde es noch eine breite Diskussion hierzu geben. Da wären auch die Jugendräte gefragt.

Herr Schledorn ist der Meinung, dass es sich der Rat relativ leicht mache. Es gebe eine Geschäftsordnung des Rates, in der stehe, dass bei Themen rund um Spielplätze der Jugendhilfeausschuss zu hören sei. Frau Caliskan habe insofern völlig Recht, als sich der Jugendhilfeausschuss nicht mit der konkreten Vorlage beschäftigt habe.

Herr Strüwer erklärt, dass bei dem Ratsbeschluss keine konkreten Planungen inbegriffen gewesen seien, sondern dass es erst einmal darum gehe, Gespräche mit Investoren zu führen. Wenn es um die konkrete Bebauung ginge, werde der Jugendhilfeausschuss sicher beteiligt.

Frau Köppen fragt, wie der Jugendhilfeausschuss dafür sorgen könne, dass es sich um adäquate Ersatzflächen handele. Der gefasste Beschluss sei ihr zu seicht.

Herr Strüwer erinnert noch einmal daran, dass es sich um einen einstimmigen Beschluss des Jugendhilfeausschusses gehandelt habe und es ggf. Aufgabe der Verwaltung sei, mögliche Alternativflächen vorzustellen.

4. Bündnis für Familien

Dr. Schmidt berichtet, dass es eine breite Palette von Aktivitäten im Bereich des Bündnisses für Familien gebe. Es habe eine intensive Diskussion im Kuratorium gegeben, die aber noch keine substantielle Verbesserung bei der Frage der zukünftigen Finanzierung gebracht habe. Man habe ein Produkt, das auch vom Verwaltungsvorstand positiv begleitet worden sei. Es handele sich um die Familienkarte für Hagen, die auch so weitergeführt werden solle. Man wolle versuchen, mit diesem Produkt Unternehmen zu gewinnen. Er sei im Moment nicht sehr optimistisch. Im nächsten Jahr werde er mit einer einheitlichen Verwaltungsmeinung vor den Ausschuss treten.



Frau Schmitz erklärt, dass es im Moment nichts Neues zu berichten gebe.

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Frau Versteeg-Schulte berichtet über die Entwicklung der Gespräche bezüglich des KIBIZ.

Herr Strüwer lobt die Verwaltung für die gute geleistete Arbeit. Er weist auf den äußerst engen Zeitplan hin. Am 13. Dezember tagte der Rat. Bis zu diesem Tag müssten einige Entscheidungen getroffen werden. Der für den 05. Dezember avisierte Termin für die Sondersitzung müsse verschoben werden. Da die Kindertageseinrichtungen und die Verwaltung mehr Zeit benötigten, schlage er vor, diese auf den 11. oder 12. Dezember zu verlegen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass vor diesem Sitzungstermin noch eine interfraktionelle Runde tagen sollte, um einen ersten Vorlagenentwurf zu diskutieren. Es sei hilfreich, wenn man einen Termin vereinbaren könnte.

Für ein Gespräch mit den Fraktionen einigt man sich auf einen Termin am Montag, den 03. Dezember im Kultopia, 16.00 Uhr.

Für ein weiteres Gespräch mit Politik und Trägern wird Mittwoch, der 05. Dezember um 16.00 Uhr im Sitzungsraum A. 201 vereinbart. Hierzu wird Herr Strüwer einladen.

Die Sondersitzung wird auf Dienstag, den 11. Dezember, 16.00 Uhr verschoben.

6. Präsentation des Erziehungskonzeptes Dorsten/Wulfen durch Herrn Baune

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Baune vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe stellt das Erziehungskonzept des Kreises Dorsten/Wulfen vor (**siehe Anlage**).

Herr Strüwer ist Herrn Baune dankbar, dass er ein Beispiel einer sozialräumlichen Herangehensweise aus der Praxis vorgestellt habe.

Herr Decker möchte wissen, ob Dorsten auch eine Stadt sei, die in der Haushaltssicherung stecke. Wie sei dieses Konzept auf Hagen umzusetzen, wenn man die Zahlen für Hagen hochrechne? Liege man unter oder über diesem Budget?

Herr Hansel erinnert daran, dass man ja immer zwischen freiwilligen und pflichtigen Leistungen unterscheide. Fallbezogene Leistungen würden als Pflichtleistungen und feldbezogene Leistungen als freiwillige Leistungen bewertet. Wie habe man sich in Dorsten verständigt?



Herr Fischer möchte wissen, wie man Planungssicherheit haben könne, wenn die Zahlen explodierten. Welche Arbeitsfelder seien zusammengezogen worden?

Herr Steuber fand den Vortrag überzeugend, was die sozialräumliche Arbeit angehe. Um das jedoch mit Hagen vergleichen zu können, fehlten eine ganze Reihe von Parametern. Er fragt, ob Herr Baune die Anzahl der Hilfen zur Erziehung bei 10.000 Einwohnern unter 21 Jahren bekannt seien. Man könne sich vorstellen, dass durch die Arbeit des Teams die Anzahl der Hilfen geringer würden. Das Team agiere unter der Leitung eines Mitarbeiters eines freien Trägers. Wie sei die Verantwortung im Falle eines Falles? Wer gehe vor den Richter?

Herr Baune erklärt, dass auch Dorsten unter dem Haushaltssicherungskonzept stehe.

Man habe bezogen auf das Konzept von der Gemeindeprüfungsanstalt einen dicken positiven Vermerk bekommen. Die Umsetzung des Projektes sei gelobt worden. Es sei eingefordert worden, dies auch für die restlichen Stadtteile umzusetzen. Man müsse dem Kämmerer regelmäßig klarmachen, dass die Reduzierung im Bereich der stationären Hilfen nur funktioniere, weil sämtliche dort eingesparten Mittel in den Bereich der Präventivarbeit umgeschichtet würden. Es handele sich nicht um ein Sparmodell.

In den Arbeitsfeldern sei zum Beispiel die Jugendarbeit nicht enthalten. Es gehe hier ausschließlich um die Hilfen zur Erziehung. Das sei das Kerngeschäft. Eine Übertragbarkeit eins zu eins werde nicht funktionieren. Es sei ganz wesentlich, dass sich so ein Konstrukt immer auf die konkreten Gegebenheiten eines Stadtteils beziehe. Wichtig sei auch, dass sich die Menschen als Stadtteil identifizierten. Es müsse sich um einen Stadtteil handeln, der sich auch als Sozialraum darstellen lasse.

Bezüglich der Fallzahlen sei man bei 16.000 Einwohnern 2003 mit 22 stationären Unterbringungen gestartet. 2007 läge man bei 13 stationären Unterbringungen.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Baune für den Vortrag und wünscht ihm alles Gute für die weitere Arbeit.

7. **Neuanlage Volmegrünzug Eckesey** **Vorlage: 0868/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Heckrodt stellt die Planung vor.

Herr Dücker begrüßt die Fläche für die älteren Jugendlichen, gibt jedoch zu bedenken, dass sich hieraus auch eine Gefahr entwickeln könne, da die Jugendlichen abgeschottet seien. Sei geplant, die Fläche zu beleuchten?

Herr Gebauer begrüßt den Vorstoß, dass in Eckesey endlich etwas passiere. Er hält den Ort für nicht so günstig. Er hätte den Standort an der alten Grundschu-



le favorisiert.

Er befürchtet, dass sich hier ein Angstraum für Kinder entwickeln könne. Er bät, bei der Planung zu berücksichtigen, dass der Ort für jedes Kind erreichbar sei. Er habe Angst vor Vandalismus. Vielleicht könne man das verhindern, indem man den Platz für alle Generationen öffne.

Herr Haensel berichtet aus eigener Erfahrung von Zerstörungen durch Jugendliche. Er sei gespannt, wie die Eckeseyer Jugendlichen darauf reagierten.

Herr Decker ist der Meinung, dass dies ein erster Schritt zur Aufwertung des Quartiers sei. Es sei natürlich bekannt, dass Vandalismus dann stattfindet, wenn diese Gruppen sich unbeobachtet fühlten. Es gebe moderne technische Möglichkeiten, dies zu verhindern.

Frau Burghardt weist darauf hin, dass Jugendliche keine legitimierten Flächen hätten, auf die sie sich zurückziehen könnten. Sie würden oft ausgegrenzt. Man solle den Fokus darauf richten, wie man den Platz gestalten könne, dass sich auch Jugendliche dort wohl fühlten. Es sei ein guter Ansatz, den Platz für mehrere Generationen zu öffnen. Für das Thema Mehrgenerationenflächen stünden auch Landesmittel zur Verfügung.

Frau Klos-Eckermann bittet eindringlich, die Jugendlichen bei der Gestaltung dieses Platzes zu beteiligen. Dann würden sie sich mit der Sache identifizieren und diese nicht zerstören.

Herr Decker erklärt, dass er der Meinung sei, dass Jugendliche in den Nachtstunden draußen nichts zu suchen hätten.

Herr Goldbach vertritt die Meinung, dass der Standpunkt für den Stadtteil richtig gewählt sei. Im Übrigen stehe die alte Grundschule auch nicht zur Verfügung. Zum Thema Mehrgenerationen stellt er fest, dass die Planung feststehe und nicht mehr verändert werden könne. Andernfalls sei die Finanzierung gefährdet.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Die vorgestellte Ausbauplanung für den Volmegrünzug Eckesey wird beschlossen.
2. Die erforderlichen Eigenmittel sind im Haushalt 2008 bereitzustellen.
3. Die ermittelten Folgekosten in Höhe von jährlich 21.000 € sind nach Fertigstellung der Maßnahme im Rahmen der Unterhaltungsmittel in den Haushalt einzustellen.
4. Die Maßnahme soll im Jahr 2008 durchgeführt werden.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**8. Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe
Vorlage: 0972/2007**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**9. Bericht der Verwaltung über den Konflikt zwischen Anwohnern und Jugendlichen
Hier: Rollschuhplatz Wehringhausen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach berichtet, dass die Bemühungen, die man seit ca. einem Jahr anstrenge, Früchte getragen hätten. Bis auf eine Anwohnerin seien alle Beteiligten mit der jetzigen Situation zufrieden. Es sei eine optimale Lösung gefunden worden. Für ihn sei die Sache an dieser Stelle abgeschlossen.

Herr Dücker möchte wissen, ob die unzufriedene Anwohnerin die Sache durch eine mögliche Klage gefährden könne.

Herr Goldbach erwidert, dass das nicht der Fall sei. Die Fläche sei als Spielfläche eingetragen. Es gebe kein Anwohnerproblem.

**10. Jugendhilfeplanung
Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder -und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0966/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Vorlage in der letzten Sitzung eingebracht worden sei. In der Zwischenzeit habe sich auch der Unterausschuss Jugendhilfeplanung eingehend damit beschäftigt. Das Protokoll werde den Ausschussmitgliedern zugeschickt.

Herr Steuber möchte zur Vorlegung des nächsten Jugendförderplans für die



nächste Legislaturperiode wissen, ob die Berichterstattung zur Kenntnisnahme in der vorliegenden Form zwingend erforderlich sei oder ob man sich auf die Planung für den Zeitraum der Legislaturperiode beschränken könnte.

Herr Strüwer wundert sich, da man über den Vorschlag der Berichterstattung im Unterausschuss gesprochen habe. Man habe sich auf die Vorschläge von Frau Haack und Herrn Goldbach bezüglich der Gestaltung des Berichtes verständigt. Er schlägt vor, dass die Verwaltung in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung unter Mitteilungen den Vorschlag aus der Unterausschusssitzung vorstellen solle.

Herr Schledorn kann sich vorstellen, dass der Bericht zum Beispiel alle zwei Jahre gefertigt würde.

Herr Fischer stellt fest, dass es sich hierbei zum einen um einen Tätigkeitsbericht handele, zum anderen würden jugendhilfeplanerische Aktivitäten beschrieben. Die Tätigkeitsberichte hätten sich in der Vergangenheit bewährt. Die Frage sei, wie Jugendhilfeplanung schlanker, aber dennoch kontinuierlich gemacht werden könne. Er hält es für eine gute Idee, das in einem kleinen Kreis oder in der Arbeitsgemeinschaft zu diskutieren, um daraus eine neue Berichtsweise zu gestalten.

Herr Strüwer begrüßt den Vorschlag und greift ihn auf.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. Straßenkinder in Hagen **Vorlage: 1024/2007**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.



12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Es gibt keine Anfragen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

Gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

Gez. Sabine Krause
Schriftführerin